



GEMEINDE RODENBACH

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Haupt-, Finanz- und Sozialausschusses der Gemeinde Rodenbach

Tag:	30.11.2017
Dauer:	20:00 Uhr bis 21.30 Uhr
Sitzungsort:	Rathaus Rodenbach
Teilnehmer:	gemäß Anwesenheitsliste Gemeindevorstand: 7 SPD-Fraktion: 6 CDU-Fraktion: 4 F.D.P.-Fraktion: 1
Tagesordnung:	gemäß Einladung vom 23.11.2017
Bekanntmachung:	Rodenbach Kurier vom Aushang gemäß Hauptsatzung

Der Vorsitzende Norbert Link stellt bei Eröffnung der Sitzung die Beschlussfähigkeit fest. Einwendungen gegen Form und Frist der Einladung werden nicht erhoben.

Einwendungen gegen die Richtigkeit der Niederschrift über die Sitzung des Haupt-, Finanz- und Sozialausschusses vom 23.11.2017 liegen nicht vor.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt der Vorsitzende, die Drucksache G 21/2017 (Benennung eines Ortsgerichtsschöffen zur Ernennung durch das Amtsgericht) als Tagesordnungspunkt 6 mit auf die Tagesordnung aufzunehmen und den Tagesordnungspunkt Verschiedenes dann unter Punkt 7 zu behandeln. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Tagesordnung

1. Forstwirtschaftsplan 2018 für den Gemeindewald Rodenbach
- Vorlage des Gemeindevorstandes -
Drucksache G 20/2017

Der Vorsitzende begrüßt die Herren Brinkmann und Rittershaus von Hessenforst. Die beiden Herren erläutern den Forstwirtschaftsplan und beantworten Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Haupt-, Finanz-, und Sozialausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung **einstimmig (11 Ja-Stimmen)** wie folgt zu beschließen:

Der Forstwirtschaftsplan 2018 für den Bereich des Gemeindewaldes Rodenbach wird zur Kenntnis genommen und unter Berücksichtigung folgender Punkte beschlossen.



1. *Abt. 4 Holzernte*

Grundsätzlich soll auf die Entnahme von geschädigten Buchen verzichtet werden. Die weitere Entwicklung ist zu beobachten.

2. *Abt 4 Naturverjüngung*

Auf den Baggereinsatz zur Bodenverwundung wird verzichtet.

2. Beibehaltung der Bürgerfragestunde

Antrag-Nr. 19/2017 (CDU-Fraktion)

Zum vorliegenden Antrag 19/2017 stellt die SPD-Fraktion mündlich einen Änderungsantrag. Der Beschluss soll ergänzt werden mit folgenden Wortlaut: nach „Ablauf des Jahres 2017“ soll „für ein weiteres Jahr“ eingefügt werden.

Dem Änderungsantrag wird **mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion und gegen die Stimmen der CDU- und FDP-Fraktion** (6 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen) zugestimmt.

Der Ausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung **einstimmig (10 Ja- Stimmen SPD- und CDU-Fraktion, 1 Enthaltung FDP-Fraktion)**, dem durch den Ergänzungsantrag erweiterten Beschluss **zuzustimmen:**

Die in diesem Jahr zunächst probeweise eingeführte Abhaltung von Bürgerfragestunden vor der jeweils ersten Gemeindevertreterversammlung im Quartal wird auch nach Ablauf des Jahres 2017 für ein weiteres Jahr beibehalten.

Der Vorsitzende schlägt vor, die TOP 3 und 4 zusammen zu behandeln. Dem wird nicht widersprochen.

3. Haushaltssatzung 2018

- Vorlage des Gemeindevorstandes -

Drucksache G 16/2017

Es liegen folgende Anträge vor:

- Neubürgerempfang im Zusammenhang mit dem Frühlingsfest der Vereine
Antrag-Nr. 12/2017 (SPD-Fraktion)

Der Haupt-, Finanz-, und Sozialausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung **mit Stimmenmehrheit der SPD- und CDU-Fraktion gegen die Stimmen der FDP-Fraktion (10 Ja- Stimmen, 1 Nein-Stimme)** wie folgt zu beschließen:

Das bisher alle 2 Jahre in der Rodenbachhalle stattfindende Frühlingsfest der Vereine soll dafür genutzt werden, um gleichzeitig einen Neubürgerempfang durchzuführen und zu etablieren. Für das Haushaltsjahr 2019 sind im Plan dafür 2.000 € vorzusehen.

- Erstellung eines Straßenzustandskatasters
Antrag-Nr. 13/2017 (SPD-Fraktion)

Der Haupt-, Finanz-, und Sozialausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung **mit Stimmenmehrheit der SPD- und FDP-Fraktion und gegen die Stimmen der CDU-Fraktion (7 Ja- Stimmen, 4 Nein-Stimmen)** wie folgt zu beschließen:

Im Haushalt 2018 sind Kosten in Höhe von 50.000 Euro für die Erstellung eines Straßenzustandskatasters bereitzustellen. 25.000 Euro sind aus dem Budget – Bereitstellung von Gemeindestraßen 12.541.01 – zu entnehmen und die weiteren 25.000 Euro aus originären Haushaltsmitteln.

- Wiederbesetzungssperre im Bereich des Personals
Antrag-Nr. 16/2017 (CDU-Fraktion)

Der Ausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung **mehrheitlich mit den Stimmen der SPD -Fraktion und gegen die Stimmen der CDU-Fraktion (4 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung FDP-Fraktion)** nachstehenden Antrag **nicht zuzustimmen:**

Der Stellenplan der Gemeindeverwaltung mit Ausnahme des KiTa-Bereiches unterliegt einer Wiederbesetzungssperre, d. h. bei Freiwerden einer Stelle wird überprüft, ob diese durch Umorganisation eingespart werden kann. Vor Neubesetzung muss der Haupt-, Finanz- und Sozialausschuss die Stelle freigeben.

- Planung Freiflächenkonzept Friedhof
Antrag-Nr. 17/2017 (CDU-Fraktion)

Der Ausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung **mehrheitlich mit den Stimmen der SPD -Fraktion und gegen die Stimmen der CDU-Fraktion (4 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung FDP-Fraktion)** nachstehenden Antrag **nicht zuzustimmen:**

Der Gemeindevorstand wird gebeten, ein Nutzungskonzept für die Freiflächen auf dem Friedhof zu erstellen. Dieses Konzept soll Möglichkeiten der Nutzung der nicht mehr benötigten Friedhofsflächen vorschlagen sowie die mit einer Umwidmung verbundenen Investitionskosten, Einsparungen im Vergleich zum heutigen Zustand und die voraussichtlichen benötigten Zeiträume bis zu einer Realisierung aufzeigen. Anschließend soll dieses Konzept und ein sich daraus ergebender Handlungsvorschlag der Gemeindevertretung vorgelegt werden. Für eventuelle notwendige externe Unterstützung werden 10.000 Euro im Haushalt 2018 zur Verfügung gestellt. Zur Finanzierung werden die Planungskosten für die KiTa Robbe in 2018 um 10.000 Euro gekürzt.

Investitionsprogramm, Produktbereich 13 (Seite 93) sowie Haushaltsplan 2018, Produkt 13.553.01, Pos. 5 (Seite 286) neu: 10.000 Euro Planungskosten Freiflächenkonzept Friedhof

Investitionsprogramm, Produktbereich 06 (Seite 88) sowie Haushaltsplan 2018, Produkt 0636501, Pos. 5, (Seite 206) Neubau KiTa Robbe: Reduzierung der Planungskosten 2018 um 10.000 Euro auf 290.000 Euro

- Änderung der Ziele zur Produktgruppe Abfallwirtschaft
Antrag-Nr. 18/2017 (CDU-Fraktion)

Der Ausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung **einstimmig (10 Ja- Stimmen SPD- und CDU-Fraktion, 1 Enthaltung FDP-Fraktion)**, wie folgt zu beschließen:

Die Beschreibung der Ziele zu o. g. Produkt (247 des Haushaltsplans) wird wie folgt geändert: Der zweite Spiegelstrich (Reduzierung des Biomüllaufkommens und Förderung der Eigenkompostierung) wird gestrichen.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass zum Tagesordnungspunkt eine Liste der Verwaltung mit nachträglichen Änderungen zum vorliegenden Entwurf des Haushaltsplanes 2018 vorliegt. Frau Lach verteilt sodann die Liste der - in einer Tabelle zusammen gefassten - Veränderungen. Diese Veränderungsliste wird von Herrn Link zum Antrag der SPD-Fraktion erhoben. Es erfolgt sodann die Abstimmung über den Antrag der SPD-Fraktion.

- Veränderungsliste zum Ergebnishaushalt 2018 und zum Finanzhaushalt 2018
Antrag der SPD-Fraktion

Der Haupt-, Finanz-, und Sozialausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung **einstimmig (mit 11 Ja – Stimmen)**, wie folgt zu beschließen:

Die vorgelegte Veränderungsliste der Verwaltung vom 30.11.2017 zum Ergebnis- und Finanzhaushalt, dem Investitionsprogramm incl. der redaktionellen Änderungen wird in den vorliegenden Entwurf des Haushaltsplans 2018 eingearbeitet.

Gleich im Anschluss wird über die vorliegenden Anträge zu TOP 4 beraten.

4. Investitionsprogramm 2017 bis 2021
- Vorlage des Gemeindevorstandes -
Drucksache G 17/2017

Es liegen folgende Anträge vor:

- Gestaltung der Flächen nördlich und südlich des Bahnhofs
Antrag-Nr. 14/2017 (SPD-Fraktion)

Der Haupt-, Finanz-, und Sozialausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung **einstimmig (11 Ja-Stimmen)** wie folgt zu beschließen:

Im Investitionsprogramm für das Jahr 2019 sind Planungskosten in Höhe von 50.000 Euro aufzunehmen. Damit soll eine Beplanung des Bahnhofsumfeldes (Parkmöglichkeiten, ÖPNV Anbindung, Fahrradboxen, Fahrradabstellplätze usw.) erfolgen, um den neu entstehenden Rahmenbedingungen Rechnung zu tragen. Die Variante, falls möglich, einer Unterführung für Fußgänger im Rahmen des Umbaus wird dabei favorisiert. Der Gemeindevorstand wird gleichzeitig beauftragt, eine mögliche Förderung der Planung zu prüfen.

- Aufstellung eines weiteren Bekanntmachungskasten am Bahnhof und Änderung der Hauptsatzung
Antrag-Nr. 15/2017 (SPD-Fraktion)

Der Haupt-, Finanz-, und Sozialausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung **einstimmig (11 Ja-Stimmen)** wie folgt zu beschließen:

Im Haushalt 2018 (Produkt Gemeindeorgane 01.111.01) wird ein Betrag in Höhe von 1.500 Euro für die Aufstellung und Anschaffung eines weiteren Bekanntmachungskastens am Bahnhof in Niederrodenbach eingestellt. Dieser zusätzliche Standort ist in der Hauptsatzung mit aufzunehmen.

Es folgte die Abstimmung zur Drucksache G 17/2017.

Der Ausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung **einstimmig (6 Ja-Stimmen SPD-Fraktion, 5 Enthaltung der CDU- und FDP-Fraktion)** weil folgt zu beschließen:

Das Investitionsprogramm 2017 – 2021 Anlagen wird beschlossen

Danach erfolgt die Abstimmung zu Drucksache G 16/2017.

Der Ausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung **einstimmig (6 Ja-Stimmen SPD - Fraktion, 5 Enthaltung der CDU- und FDP-Fraktion)** weil folgt zu beschließen:

Die beigefügte Haushaltssatzung 2018 einschließlich der Anlagen wird beschlossen.

5. Erhöhung des Hebesatzes für die Gewerbesteuer ab 2018
 - Vorlage des Gemeindevorstandes –
Drucksache G 19/2017

Der Haupt-, Finanz-, und Sozialausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung **mehrheitlich mit den Stimmen der SPD- und CDU-Fraktion (10 Ja- Stimmen, 1 Nein-Stimmen)** wie folgt zu beschließen:

Die beiliegende Satzung über die Festsetzung der Steuersätze für Grund- und Gewerbesteuer – Hebesatzsatzung – wird beschlossen.

6. **Benennung eines Ortsgerichtsschöffen zur Ernennung durch das Amtsgericht**
Drucksache G 021/2017

Bevor dieser TOP behandelt wird, teilt der Bürgermeister mit, dass Herr Oschütz in der vorangegangenen Nacht verstorben ist. Er erinnert an die Verdienste und sein außerordentliches Engagement für die Gemeinde Rodenbach und bedankt sich voller Hochachtung. Der Ausschuss würdigt dies sodann mit einer Schweigeminute.

Der Haupt-, Finanz-, und Sozialausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung **einstimmig mit den Stimmen der SPD- und FDP-Fraktion (7 Ja- Stimmen, 4 Enthaltungen CDU-Fraktion)** wie folgt zu beschließen:

Dem Amtsgericht Hanau wird Herr Wolfram Steuernagel zur Ernennung als Ortsgerichtsschöffe für das Ortsgericht Rodenbach als Nachfolger für die zum 01.02.2018 ausscheidende Ortsgerichtsschöffin Sabine Eichler vorgeschlagen.

7. Verschiedenes

Herr Geppert gibt bekannt, dass alle Gemeindevertreter und Gemeindevertreterinnen zur Sitzung der Gemeindevertretung am nächsten Donnerstag einen Abstimmungsfahrplan zum Haushalt 2018 erhalten.

Es folgten keine weiteren Wortmeldungen.

Lach
Schriftführerin

Link
Vorsitzender

Anlage:
Veränderungsliste zum Haushalt 2018

